

Statistischer Bericht



Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat Sachsen

Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften,
Beistandschaften, Sorgeerklärungen, Maßnahmen
des Familiengerichtes
2012

K V 8 – j/12

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	2
Definitionen	2
Ergebnisse	3

Tabellen

1.	Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht	4
2.	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 1991 bis 2012 nach Geschlecht	6
3.	Kinder und Jugendliche am Jahresende 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Staatsangehörigkeit sowie Geschlecht	8
4.	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 2012 nach Geschlecht	8
5.	Maßnahmen des Familiengerichts 2012	9
6.	Kinder und Jugendliche am Jahresende 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften bzw. für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde nach Kreisfreien Städten und Landkreisen	10
7.	Maßnahmen des Familiengerichts sowie Sorgeerklärungen 2012 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen	11

Abbildungen

Abb. 1	Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft	12
Abb. 2	Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2012 mit Beistandschaften	12

Vorbemerkungen

Das Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfestatistik, erhoben nach den §§ 98 bis 103 SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe -, umfasst vier getrennte Erhebungsteile:

- Teil I Erzieherische Hilfen
- Teil II Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III Einrichtungen und tätige Personen
- Teil IV Ausgaben und Einnahmen.

In dieser Publikation werden die Leistungen der Jugendämter in den Bereichen Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften und Beistandschaften als Bestand am Jahresende und für das Berichtsjahr die Anzahl der Maßnahmen des Familiengerichts aus Teil I dargestellt.

Rechtsgrundlagen für die Statistik der Kinder- und Jugendhilfe - Teil I.6: Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgeerklärungen, Maßnahmen des Familiengerichts sind die Paragraphen 98 bis 103 des Sozialgesetzbuches (SGB) - Achtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I 3134), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246). Erhoben werden die Angaben zu § 99 Abs. 4 bis 6b SGB VIII.

Methodische Hinweise

Die Ergebnisse entsprechen dem jeweils aktuellen Gebietsstand.

Definitionen

Die Kinder und Jugendlichen (bis unter 18 Jahre), für die eine **Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII** besteht, befinden sich dauernd oder für einen Teil der Woche, jedoch regelmäßig, außerhalb des Elternhauses in Familienpflege. Vollpflege ist ununterbrochene Pflege bei Tag und Nacht. Wochenpflege ist regelmäßige, nicht nur gelegentliche Pflege über Tag und Nacht während eines Teils der Woche.

Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, bedürfen einer Erlaubnis des Jugendamtes, um „Kinder außerhalb ihrer Wohnung in anderen Räumen während des Tages mehr als fünfzehn Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate“ zu betreuen.

Die **Amtsvormundschaft** ist eine vom Jugendamt ausgeführte Vormundschaft, bei der die elterliche Sorge (Vormundschaft über Minderjährige) von einem Dritten, dem Vormund, ausgeübt wird. Voraussetzung ist, dass das Kind oder der Jugendliche nicht unter elterlicher Sorge steht. Die Amtsvormundschaft erstreckt sich grundsätzlich auf die gesamte elterliche Sorge (Personen- und Vermögenssorge). Eine bestellte Amtsvormundschaft tritt insbe-

sondere bei Entzug der elterlichen Sorge ein, die gesetzliche Amtsvormundschaft bei der Geburt eines Kindes durch eine unverheiratete minderjährige Mutter oder bei Freigabe eines Kindes zur Adoption.

Die **Amtspflegschaft** ist eine vom Jugendamt ausgeübte Pflegschaft, sie dient der Fürsorge in persönlichen und wirtschaftlichen Belangen einer Person; sie umfasst nur die Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten der elterlichen Sorge. Amtspflegschaften sind auf Kinder gerichtet, für die vor allem bei Gefährdung des Kindeswohls sowie bei Scheidung oder getrennt lebenden Eltern die Personen- und/oder Vermögenssorge ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen wurde. Bestellte Amtspflegschaften bedürfen der ausdrücklichen Anordnung durch das Vormundschaftsgericht. Gesetzliche Amtspflegschaften sind nach der Reform des Beistandschaftsgesetzes zum 1. Juli 1998 entfallen und wurden in Beistandschaften umgewandelt.

In Fällen, in denen am Jahresende sowohl eine gesetzliche Amtsvormundschaft als auch eine bestellte Amtspflegschaft bzw. -vormundschaft besteht, werden in der Statistik ausschließlich die bestellten Amtspflegschaften/-vormundschaften erhoben.

Die **Beistandschaft** gemäß §§ 1712 bis 1717 BGB ist eine Unterstützung eines allein erziehenden, sorgeberechtigten Elternteils auf dessen Antrag durch das Jugendamt. Der Beistand unterstützt den Sorgeberechtigten bei der Ausübung der elterlichen Sorge, z. B. bei Vaterschaftsfeststellungen und der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen.

Unabhängig vom Verwaltungsverfahren sind jeweils alle im Berichtsjahr erfolgten **familiengerichtlichen Maßnahmen** für jeden Minderjährigen nach § 1666 Absatz 3 BGB zu melden, die in Folge einer Gefährdung des Kindeswohls eingeleitet wurden. Die Anrufung des Familiengerichts kann darauf zurückzuführen sein, dass die Personensorgeberechtigten nicht bereit oder in der Lage waren, die Gefahr für das Kind abzuwenden oder bei der Gefährdungseinschätzung mitzuwirken (§ 8a Absatz 2 Satz 1 SGB VIII) oder einer Inobhutnahme widersprachen (§ 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 SGB VIII) oder die Anrufung auf andere Weise eingeleitet wurde.

Maßnahmen des Familiengerichts umfassen:

1. die Anordnung der Inanspruchnahme von Hilfen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (§ 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB)

Dazu zählen zum Beispiel Beratungen nach §§ 16 bis 18 SGB VIII, Leistungen nach §§ 19 bis 21 SGB VIII oder Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII.

2. das Aussprechen von Geboten und Verboten gegenüber den Personensorgeberechtigten oder Dritten gemäß § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB

Dazu zählen ...

- das Gebot, für die Einhaltung der Schulpflicht zu sorgen,
- Verbote, Orte, an denen sich das Kind regelmäßig aufhält, aufzusuchen (z. B. die Familienwohnung oder bestimmte andere Orte) oder sich in einem bestimmten Umkreis der Wohnung aufzuhalten,

- . Verbote, Kontakt mit dem Kind aufzunehmen oder Zusammentreffen herbeizuführen.
- 3. die Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten (§ 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB).
Dazu zählt z. B. die Einwilligung in die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII oder die Zustimmung zur Inobhutnahme eines Kindes (§ 42 SGB VIII).
- 4. die vollständige oder teilweise Entziehung der elterlichen Sorge und Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger (§ 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB).

Weiterhin beurkundeten die Jugendämter Begründungen der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern, differenziert danach, ob die gemeinsame Sorge durch von beiden Elternteilen abgegebene **Sorgeerklärungen** (§ 1626a Abs. 1 Nr. 1 BGB) begründet wurde oder ob das Familiengericht eine Sorgeerklärung ersetzt hat (Artikel 224 § 2 Abs. 3 EGBGB). Aufgrund eines redaktionellen Fehlers im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) zählt die Erhebung zu den Sorgeerklärungen in der 2012 geltenden Fassung nicht zu den jährlich durchzuführenden Statistiken.

Ergebnisse

Am Jahresende 2012 bestanden 1 256 vom Vormundschaftsgericht angeordnete Amtspflegschaften, 54 mehr als im Vorjahr. Zur gleichen Zeit nahmen die Jugendämter 369 gesetzliche und 1 513 bestellte Amtsvormundschaften wahr. Damit verringerten sich die gesetzlichen Amtsvormundschaften gegenüber dem Vorjahr um 89 Fälle, bei den bestellten Amtsvormundschaften waren es 31 Fälle mehr.

Zur Unterstützung allein erziehender Elternteile wurde im Dezember 2012 in 15 631 Fällen Beistand geleistet. Gegenüber 2011 stieg die Zahl der Beistandschaften für Kinder und Jugendliche um 3,9 Prozent bzw. 584 Fälle.

45 Kinder und Jugendliche erhielten Ende 2012 mit einer Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII eine Vollpflege, 15 weniger als zum Vorjahreszeitpunkt. Eine Pflegeerlaubnis für Wochenpflege bestand für kein Kind bzw. Jugendlichen.

Am 31. Dezember 2012 registrierten die Jugendämter 1 724 Personen mit einer Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII. Das ergab einen Anstieg gegenüber 2011 von 3,4 Prozent (56 Personen mehr).

2012 wurden durch die Jugendämter 1 273 familiengerichtliche Maßnahmen veranlasst, die in Folge einer Gefährdung des Kindeswohls eingeleitet wurden. 439 mal wurden dem/den Personensorgeberechtigten die Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB auferlegt, wobei der Anteil der betroffenen Kinder bei den unter Sechsjährigen mit 54,4 Prozent am höchsten war. 142 Personensorgeberechtigten gegenüber gab es Aussprachen von anderen Verboten oder Geboten gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 2 bis

4 BGB, ebenfalls wieder mit dem höchsten Anteil der unter Sechsjährigen mit 49,3 Prozent.

In 64 Fällen ersetzte man die Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gemäß § 1666 Abs. 3 Nr. 5 BGB. 628 gerichtliche Maßnahmen führten zum vollständigen (376 Fälle) oder teilweisen Entzug (252) der elterlichen Sorge. Auch hier waren jeweils die unter 6-Jährigen am meisten betroffen – 54,0 und 45,2 Prozent.

1. Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht

Jahr	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft				Beistandschaften ¹⁾
	gesetzliche Amtsvormund- schaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvormund- schaft	
		insgesamt	Unterhalts- pflegschaften		
Insgesamt					
1991	356	138	55	510	775
1992	428	469	203	688	2 185
1993	508	1 351	666	1 078	2 604
1994	543	1 071	62	1 196	4 594
1995	509	1 357	99	1 258	6 119
1996	670	1 298	16	1 426	6 983
1997	550	1 521	35	1 539	8 384
1998	499	1 412	32	1 770	10 333
1999	503	1 201	10	1 574	12 356
2000	483	1 125	19	1 630	13 863
2001	553	1 297	-	1 484	15 130
2002	607	1 187	76	1 556	15 516
2003	577	1 150	8	1 533	15 837
2004	586	1 176	15	1 508	16 453
2005	601	1 147	8	1 520	16 469
2006	623	1 253	16	1 467	16 264
2007	538	1 284	40	1 408	15 921
2008	503	1 167	76	1 183	15 412
2009	415	1 149	7	1 363	15 125
2010	400	1 096	7	1 370	15 023
2011	458	1 202	7	1 482	15 047
2012	369	1 256	67	1 513	15 631
männlich					
1991	181	76	28	267	399
1992	240	244	101	363	1 072
1993	275	680	349	567	1 310
1994	282	555	32	660	2 286
1995	276	698	52	685	3 142
1996	382	650	12	783	3 568
1997	331	761	18	844	4 242
1998	277	706	14	965	5 270
1999	243	589	5	869	6 207
2000	244	556	5	915	7 115
2001	283	651	-	788	7 644
2002	306	575	35	841	7 771
2003	298	581	1	852	8 029
2004	291	559	8	813	8 343
2005	310	554	4	783	8 490
2006	312	604	6	764	8 243
2007	290	637	21	760	7 979
2008	256	583	39	630	7 736
2009	219	584	4	722	7 653

1) Seit dem 1. Juli 1998 sind die gesetzlichen Amtspflegschaften entfallen und in Beistandschaften umgewandelt worden - Beistandschaftsgesetz vom 4. Dezember 1997 (BGBl. I, S. 2846).

Noch: 1. Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht

Jahr	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft				Beistandschaften ¹⁾
	gesetzliche Amtsvormund- schaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvormund- schaft	
		insgesamt	Unterhalts- pflegschaften		
noch: männlich					
2010	205	573	3	738	7 646
2011	236	616	3	801	7 710
2012	179	679	35	815	7 844
weiblich					
1991	175	62	27	243	376
1992	188	225	102	325	1 113
1993	233	671	317	511	1 294
1994	261	516	30	536	2 308
1995	233	659	47	573	2 977
1996	288	648	4	643	3 415
1997	219	760	17	695	4 142
1998	222	706	18	805	5 063
1999	260	612	5	705	6 149
2000	239	569	14	715	6 748
2001	270	646	-	696	7 486
2002	301	612	41	715	7 745
2003	279	569	7	681	7 808
2004	295	617	7	695	8 110
2005	291	593	4	737	7 979
2006	311	649	10	703	8 021
2007	248	647	19	648	7 942
2008	247	584	37	553	7 676
2009	196	565	3	641	7 472
2010	195	523	4	632	7 377
2011	222	586	4	681	7 337
2012	190	577	32	698	7 787

1) Seit dem 1. Juli 1998 sind die gesetzlichen Amtspflegschaften entfallen und in Beistandschaften umgewandelt worden - Beistandschaftsgesetz vom 4. Dezember 1997 (BGBl. I, S. 2846).

2. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 1991 bis 2012 nach Geschlecht

Jahr	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde ¹⁾			Tagespflegepersonen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht ²⁾
	insgesamt	darunter		
		in Vollpflege	in Wochenpflege	
Insgesamt				
1991	376	368	5	x
1992	394	374	3	x
1993	297	271	10	x
1994	345	316	9	x
1995	345	320	3	x
1996	15	10	3	x
1997	17	16	-	x
1998	29	27	-	x
1999	44	20	-	x
2000	24	20	-	x
2001	114	14	-	x
2002	128	9	-	x
2003	432	19	-	x
2004	741	24	2	x
2005	89	89	-	694
2006	44	44	-	899
2007	31	31	-	1 235
2008	22	22	-	1 434
2009	39	39	-	1 674
2010	41	40	1	1 645
2011	60	60	-	1 668
2012	45	45	-	1 724
männlich				
1991	210	205	3	x
1992	198	186	2	x
1993	155	141	6	x
1994	172	157	5	x
1995	181	165	1	x
1996	6	5	-	x
1997	7	7	-	x
1998	19	18	-	x
1999	19	8	-	x
2000	9	6	-	x
2001	50	4	-	x
2002	65	3	-	x
2003	181	6	-	x
2004	365	8	-	x
2005	39	39	-	x
2006	23	23	-	x
2007	16	16	-	x
2008	11	11	-	x
2009	20	20	-	x

1) Ab 2005 werden die Kinder und Jugendliche in Tagespflege nicht mehr erhoben.

2) Erhebung ab 2005

Noch: 2. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 1991 bis 2012 nach Geschlecht

Jahr	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde ¹⁾			Tagespflegepersonen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht ²⁾
	insgesamt	darunter		
		in Vollpflege	in Wochenpflege	
noch: männlich				
2010	16	16	-	x
2011	32	32	-	x
2012	24	24	-	x
weiblich				
1991	166	163	2	x
1992	196	188	1	x
1993	142	130	4	x
1994	173	159	4	x
1995	164	155	2	x
1996	9	5	3	x
1997	10	9	-	x
1998	10	9	-	x
1999	25	12	-	x
2000	15	14	-	x
2001	64	10	-	x
2002	63	6	-	x
2003	251	13	-	x
2004	376	16	2	x
2005	50	50	-	x
2006	21	21	-	x
2007	15	15	-	x
2008	11	11	-	x
2009	19	19	-	x
2010	25	24	1	x
2011	28	28	-	x
2012	21	21	-	x

1) Ab 2005 werden die Kinder und Jugendliche in Tagespflege nicht mehr erhoben.

2) Erhebung ab 2005

3. Kinder und Jugendliche am Jahresende 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Staatsangehörigkeit sowie Geschlecht

Staatsangehörigkeit ----- Geschlecht	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft				Beistandschaften
	gesetzliche Amtsvormund- schaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvormund- schaft	
		insgesamt	Unterhalts- pflégschaften		
Anzahl					
Insgesamt	369	1 256	67	1 513	15 631
männlich	179	679	35	815	7 844
weiblich	190	577	32	698	7 787
Deutsche	367	1 223	x	1 432	15 623
männlich	178	664	x	752	7 838
weiblich	189	559	x	680	7 785
Nichtdeutsche	2	33	x	81	8
männlich	1	15	x	63	6
weiblich	1	18	x	18	2
Prozent					
Insgesamt	100	100	100	100	100
männlich	48,5	54,1	52,2	53,9	50,2
weiblich	51,5	45,9	47,8	46,1	49,8
Deutsche	99,5	97,4	x	94,6	99,9
männlich	48,2	52,9	x	49,7	50,1
weiblich	51,2	44,5	x	44,9	49,8
Nichtdeutsche	0,5	2,6	x	5,4	0,1
männlich	0,3	1,2	x	4,2	0
weiblich	0,3	1,4	x	1,2	0

4. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 2012 nach Geschlecht

Geschlecht	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde			Tagespflegepersonen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht
	insgesamt	in Vollpflege	in Wochenpflege	
Anzahl				
Insgesamt	45	45	-	1 724
männlich	24	24	-	x
weiblich	21	21	-	x
Prozent				
Insgesamt	100	100	-	x
männlich	53,3	53,3	-	x
weiblich	46,7	46,7	-	x

5. Maßnahmen des Familiengerichts 2012

Eingeleitete Maßnahmen des Familiengerichts	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Anzahl ¹⁾			Prozent		
Dem/Den Personensorgeberechtigten Auferlegung der Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	439	229	210	100	52,2	47,8
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	239	125	114	100	52,3	47,7
6 - 14	157	84	73	100	53,5	46,5
14 - 18	43	20	23	100	46,5	53,5
Gegenüber dem/den Personensorgeberechtigten oder Dritten Aussprache von anderen Geboten oder Verboten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 BGB	142	63	79	100	44,4	55,6
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	70	36	34	100	51,4	48,6
6 - 14	58	20	38	100	34,5	65,5
14 - 18	14	7	7	100	50,0	50,0
Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorgeberechtigten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB	64	34	30	100	53,1	46,9
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	38	19	19	100	50,0	50,0
6 - 14	20	11	9	100	55,0	45,0
14 - 18	6	4	2	100	66,7	33,3
Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	376	197	179	100	52,4	47,6
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	203	106	97	100	52,2	47,8
6 - 14	117	60	57	100	51,3	48,7
14 - 18	56	31	25	100	55,4	44,6
Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	252	155	97	100	61,5	38,5
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	114	78	36	100	68,4	31,6
6 - 14	96	56	40	100	58,3	41,7
14 - 18	42	21	21	100	50,0	50,0
darunter nur des Personensorgerechts	93	55	38	100	59,1	40,9
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	40	25	15	100	62,5	37,5
6 - 14	38	23	15	100	60,5	39,5
14 - 18	15	7	8	100	46,7	53,3
darunter nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts	53	28	25		52,8	47,2
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	21	12	9	100	57,1	42,9
6 - 14	25	13	12	100	52,0	48,0
14 - 18	7	3	4	100	42,9	57,1
Insgesamt	1 273	678	595	100	53,3	46,7
Alter des Kindes/Jugendlichen von ... bis unter ... Jahre						
unter 6	664	364	300	100	54,8	45,2
6 - 14	448	231	217	100	51,6	48,4
14 - 18	161	83	78	100	51,6	48,4

1) ohne Landkreis Görlitz

6. Kinder und Jugendliche am Jahresende 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften bzw. für die eine Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft			Beistandschaften	Für die eine Pflege- erlaubnis nach § 44 SGB VIII erteilt wurde	Tagespflege- personen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht
	gesetzliche Amtsvor- mundschaft	bestellte Amtspfleg- schaft	bestellte Amtsvor- mundschaft			
Chemnitz, Stadt	41	72	164	315	·	47
Erzgebirgskreis	17	59	59	309	·	85
Mittelsachsen	29	100	73	888	·	71
Vogtlandkreis	16	77	82	869	·	16
Zwickau	31	157	149	576	10	100
Dresden, Stadt	30	94	155	2 504	5	441
Bautzen	33	87	72	1 271	·	86
Görlitz	23	86	127	2 367	3	42
Meißen	22	100	76	1 251	-	81
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	6	44	122	1 745	9	143
Leipzig, Stadt	53	186	195	1 134	9	513
Leipzig	38	136	135	1 408	·	63
Nordsachsen	30	58	104	994	-	36
Sachsen	369	1 256	1 513	15 631	45	1 724

7. Maßnahmen des Familiengerichts 2012 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Maßnahmen des Familiengerichts ¹⁾				
	Dem/Den Personen- sorgeberechtigten gegenüber Auferlegung der Inanspruch- nahme von Leis- tungen der Kin- der- und Jugend- hilfe gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB	Gegenüber dem/ den Personensor- geberechtigten oder Dritten Aus- sprache von an- deren Geboten oder Verboten gem. § 1666 Ab- satz 3 Nummer 2 bis 4 BGB	Ersetzung von Erklärungen des/der Personensorge- berechtigten gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 5 BGB	Vollständige Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB	Teilweise Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gem. § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB
Chemnitz, Stadt	40	11	3	49	11
Erzgebirgskreis	24	.	.	12	15
Mittelsachsen	12	-	.	6	.
Vogtlandkreis	29	.	.	15	18
Zwickau	21	12	-	20	20
Dresden, Stadt	117	43	22	84	62
Bautzen	35	12	.	24	.
Görlitz
Meißen	19	-	8	16	20
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	28	9	6	30	18
Leipzig, Stadt	43	.	.	62	29
Leipzig	52	7	18	37	22
Nordsachsen	19	.	.	21	26
Sachsen	439	142	64	376	252

1) ohne Landkreis Görlitz

Abb. 1 Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2012 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft

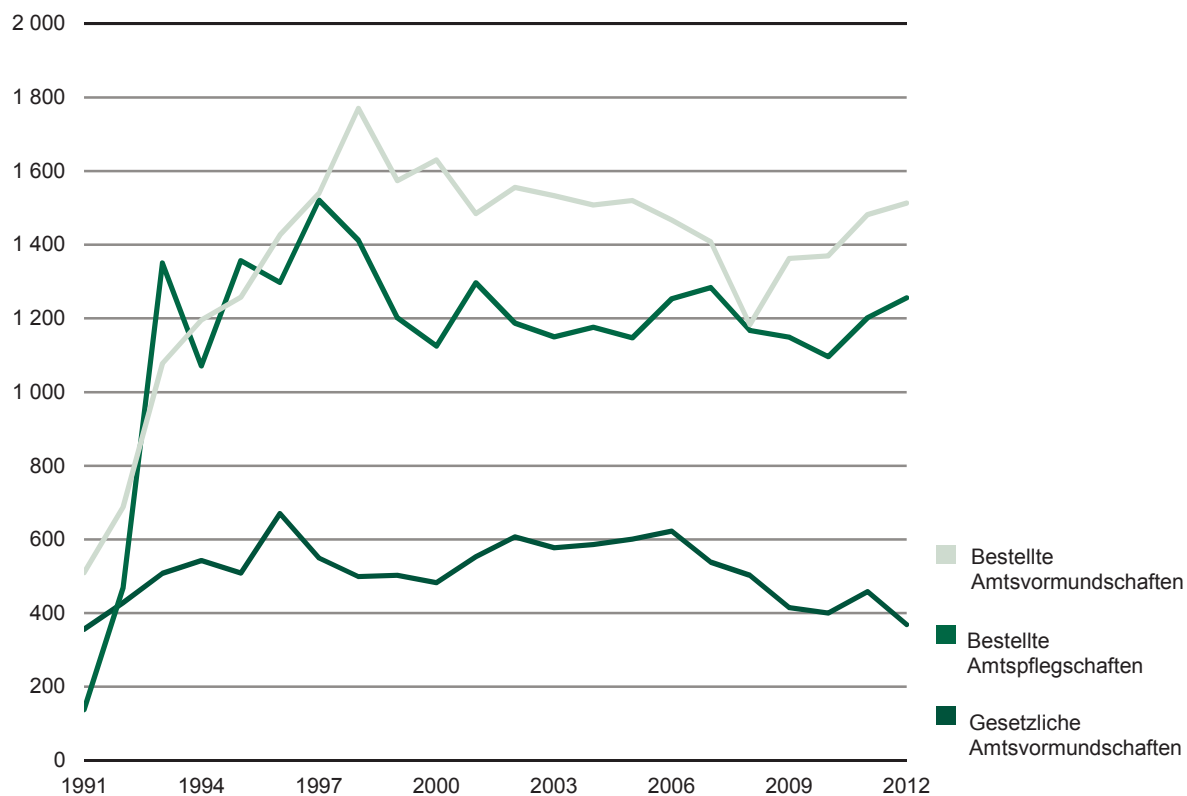
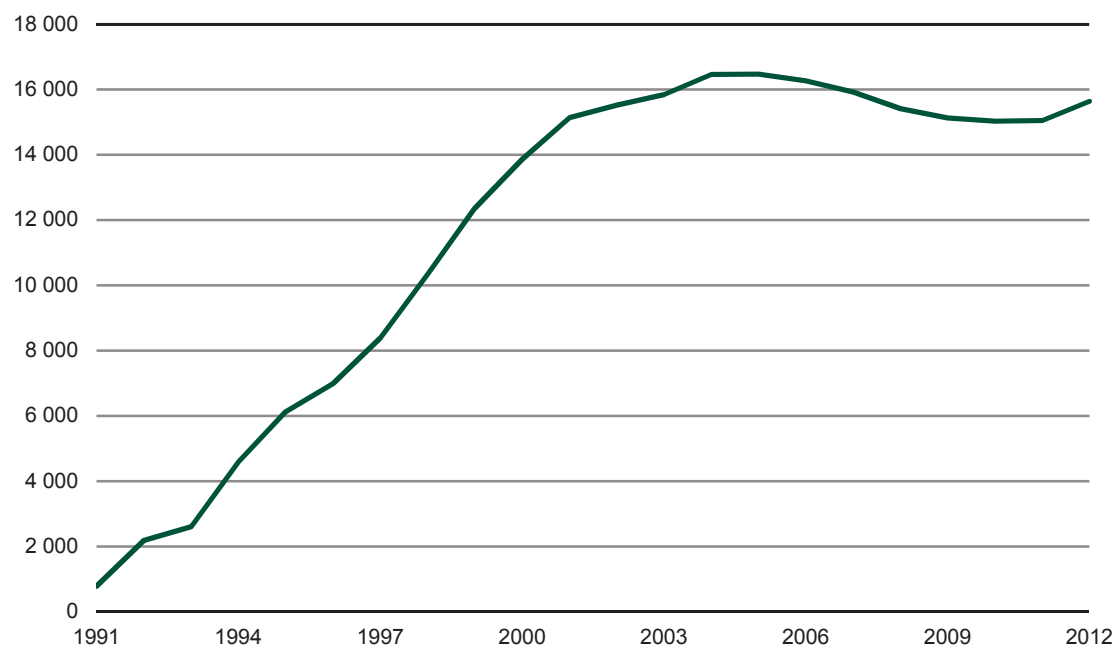


Abb. 2 Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2012 mit Beistandschaften



Herausgeber:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktionsschluss:

August 2013

Bezug:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de/shop

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 2195-402X